



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE



## **Die Zukunft Hessens sichern - gute Bildung von Anfang an**

### **Arbeits- und Dialogpapier**

der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und  
der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände

Kinder haben ein Recht auf bestmögliche Bildung von Anfang an. Frühzeitiger Lernbeginn und konsequenter Kompetenzerwerb sind ein selbstverständlicher Individualanspruch gegenüber Eltern und Gesellschaft. Eine gute frühkindliche Bildung liegt aber gleichzeitig auch direktem Eigeninteresse von Gesellschaft und Wirtschaft. Sie ist Verfassungsgebot wie Kapitalstock. Sie bietet damit Chance zur Gestaltung und verpflichtet zur Mitwirkung. Sie ist politische Aufgabe mit Priorität wie volkswirtschaftliches Gebot zum Handeln.

Nationale wie internationale Vergleichsstudien haben belegt, dass der Stellenwert frühkindlicher Bildung nicht hoch genug einzuschätzen ist. Kinder müssen frühzeitig in die Lage versetzt werden, sich Kompetenzen für eine sich rasch wandelnde, von kultureller Vielfalt geprägten und auf Wissen basierende Lebens- und Arbeitswelt anzueignen. Die alte Volksweisheit „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“, hat überdies neben der pädagogischen Begründung durch die neuen Erkenntnisse der medizinischen (Hirn)-Forschung nachhaltig an Gewicht gewonnen.

Spätestens seit der ersten PISA-Studie im Dezember 2001 hat daher in ganz Deutschland eine bildungspolitische Neubewertung früher Bildung stattgefunden. Bildung im vorschulischen Alter wird heute zu Recht als eine zentrale Aufgabe gesehen, die Eltern, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam fordert und verpflichtet. Im internationalen Vergleich haben sich diejenigen Bildungssysteme als chancengerecht, zukunftsweisend und auch volkswirtschaftlich ertragreich erwiesen, die von unten her aufgebaut, im Stufenverlauf eng miteinander verzahnt, aufeinander abgestimmt und durchlässig sind. Der Grundsatz der individuellen Förderung und der Prävention von Bildungsdefiziten statt deren Reparatur ist als Entwicklungslinie zur Erreichung von Chancengerechtigkeit für alle Kinder und als Teil einer Wirtschaftsstandortpolitik neu zu bewerten.

Im Zuge des Übergangs zur Wissensgesellschaft muss daher auch in Hessen der zentrale Reformprozess in der Bildung am Fundament, im Basisbereich der Bildung vom ersten bis zum zehnten Lebensjahr ansetzen. Es geht um die Strukturen und Rahmenbedingungen der Entwicklung frühkindlicher Kompetenzen und Orientierungen. Leitbild hierfür ist ein neues, breites Verständnis von Bildung, in dem die Entwicklung von Basiskompetenzen und Werthaltungen - verknüpft mit dem Erwerb eines breit gefächerten Basiswissens - in den Mittelpunkt gestellt wird.

Kinder entwickeln ihre Persönlichkeit und ihr Bildungspotenzial im Prozess der Interaktion mit ihrem sozialen Umfeld und eignen sich so die Welt an. Von Geburt an bewegt sich das Kind in vielen sich ergänzenden Lernorten. Der Kompetenz- und Wissenserwerb des Kindes am Ende seiner Grundschulzeit ist das Ergebnis langjähriger, kumulativer Bildungsprozesse in Familie, Tagespflege, Tageseinrichtung und Grundschule, also stark von Dritten beeinflusst. Gute Bildung von Anfang an ist daher nicht als bloße Addition vieler Maßnahmen, sondern in erster Linie als verzahntes Wirkungsfeld einer komplexen und langjährigen Entwicklung zu gestalten. In dieser Verzahnung durch Einrichtungen des Elementar- und Primarbereichs liegt eine besondere Verpflichtung gegenüber dem Kind.

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) hat nach der Veröffentlichung der PISA-Studie 2000 als erste Wirtschaftsorganisation in Deutschland einen auch bundesweit viel beachteten Diskussionsbeitrag für die grundlegende Reform der Bildungs- und Erziehungsarbeit im Bereich der Kindergärten und Kindertagesstätten im Land Hessen vorgelegt. Mit dem Positionspapier „Für das Wohl unserer Kinder! PISA und die Reform des Elementarbereichs“ (April 2002) verband die VhU kurz darauf ihre Vorschläge zur Reform der Bildungsarbeit im Bereich der Grundschulen und Ganztagsangebote „Welche Bildung den ganzen Tag? PISA und die Reform des Primarbereichs“ (Juni 2002). Seit dieser Zeit hat sich die VhU im Interesse der hessischen Wirtschaft nachhaltig dafür eingesetzt, dass auch in Hessen Bildung und Erziehung im Elementar- und Primarbereich als besonderer Entwicklungsprozess gesehen und ein verbindlicher Bildungsauftrag für alle Bildungsorte der frühen Kindheit formuliert wird.

Bündnis 90/Die Grünen haben sich als erste Fraktion im Hessischen Landtag in ihrer umfassenden Konzeption „Kindergarten - Bildungsgarten“ vom März 2002 für grundlegende Weichenstellungen hin zu gemeinsamen Bildungskonzepten für alle Einrichtungen frühkindlicher Bildung und Erziehung eingesetzt. Im Juni 2004 verabschiedete die Fraktion ihren Beschluss „Bildung neu denken! GRÜNE Wege für eine neue Bildung“. Im Anschluss an die Veröffentlichung der Ergebnisse der zweiten PISA-Studie im Dezember 2004 mahnten die GRÜNEN im Rahmen verschiedener parlamentarischer Initiativen nochmals an, endlich Konsequenzen aus den Vergleichsstudien der OECD zu ziehen, damit Bildungspotenziale in Hessen besser ausgeschöpft werden können. Im Juni 2005 legte die Fraktion das Eckpunktepapier „Clever starten – Gute Bildung von Anfang an“ vor, das die in Hessen wesentlichen Handlungsfelder zur Verbesserung frühkindlicher Bildung benennt.

Die hessische Landesregierung hat inzwischen auf die Forderung reagiert, den Bildungsauftrag der Lernorte im Elementar- und Primarbereich zu konkretisieren und verbindlicher als bisher festzuhalten. Im März 2005 wurde der erste Entwurf des Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder vom ersten bis zehnten Lebensjahr in Hessen vorgelegt. Eine Fachkommission mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichsten Bereichen hat das Entstehen des Planentwurfes in Hessen begleitet, der sich nun in der Felderprobung in Kindertagesstätten und Grundschulen befindet. Im Juli 2005 wurden 45 Modellstandorte für den Praxistest ausgewählt, der bis Februar 2007 dauert.

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände und die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im Hessischen Landtag nehmen die Bedeutung der Reformen zur frühkindlichen Bildung und die öffentliche Diskussion über den Bildungs- und Erzie-

hungsplan in Hessen zum Anlass, **einen offenen Dialog im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung zu beginnen.**

Aus der Sicht beider Dialogpartner ist die Verbesserung der frühkindlichen Bildung ein zentraler Teil der hessischen Standortpolitik als Zukunftspolitik. Sie ist damit zum einen ein Kernelement von Bildungspolitik. Als Bildung von Humanressourcen ist eine gute frühkindliche Bildung aber zum anderen auch ein volkswirtschaftliches Gebot. Die Gegenüberstellung und der Abgleich dieser Positionen erfolgt aus unterschiedlichen Perspektiven und mündet in gemeinsam erkannte Handlungsgebote. Angestrebt wird ein Aufschluss über die Frage, welche zentralen Bedingungen politischen Handelns für die Verbesserung der frühkindlichen Bildung auf der Grundlage des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder vom ersten bis zehnten Lebensjahr notwendig sind.

## **I. Individuelle Kompetenzen bilden - Humankapital sichern**

**Die ersten zentralen Weichen, die darüber entscheiden, ob ein Bildungssystem durchlässig, leistungsfähig und effektiv ist, werden im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung gestellt. Dort werden die lebenslang wirksamen Grundlagen für jedes spätere Lernen gelegt, da die Lern- und Entwicklungspotenziale von Kindern in den ersten Lebensjahren besonders hoch sind. In unserer Gesellschaft entscheidet Bildung maßgeblich über die Möglichkeit zur Gestaltung des eigenen Lebens wie auch zur gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Teilhabe. Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für zukünftigen gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Hessen ist eng mit der Leistungsfähigkeit seines Bildungssystems verknüpft. Innovations- und Wettbewerbsvorsprünge der hessischen Unternehmen hängen vom Knowhow, von den Qualifikationen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Nur wenn rechtzeitig alle Potenziale genutzt werden, um für Kinder ein optimales Lern- und Entwicklungsumfeld zu schaffen, kann es gelingen, langfristig Humankapital aufzubauen. Nur wenn der Auf- und Ausbau familienfreundlicher Angebote und Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft gelingt, können neue Mitarbeiter und ihre jungen Familien für den Zuzug nach Hessen gewonnen werden. Damit in der Wissensgesellschaft der Standort Hessen den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs erfolgreich begegnen kann, sind grundlegende Reformen im Bereich von Bildung und Betreuung notwendig.**

### **Dialogbeitrag VhU:**

Die Zukunft des Innovations- und Wirtschaftsstandortes Hessen hängt maßgeblich von der Leistungsfähigkeit seines Bildungssystems ab. Wachstumsprognosen für den Zeitraum bis 2020 zeigen, dass das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Deutschland im internationalen Vergleich nur einen unteren Rang belegen wird. Eine maßgebliche Ursache dafür ist ein, auch von der OECD prognostiziertes, relativ schwaches Wachstum bei der Bildung von Humankapital. Wissens- und Technologievorsprünge der hessischen Unternehmen müssen aber immer wieder neu erarbeitet werden, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Nur wenn jetzt alle

Potenziale genutzt werden, kein Talent verloren geht und jedem Einzelnen Chancen eröffnet werden, wird es auf Dauer möglich sein, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen.

Sinkende Bevölkerungszahlen und eine deutliche Binnenverschiebung der Altersstruktur in der Gesellschaft lassen langfristig qualifizierte Arbeitskräfte knapp werden. Schon ab 2010 ist mit einem kontinuierlichen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials zu rechnen. Gleichzeitig wird sich der Trend zu immer höher qualifizierten Tätigkeiten in der Berufs- und Arbeitswelt fortsetzen. Im Jahr 2020 wird jeder dritte Jugendliche in Deutschland einen Migrationshintergrund haben. Heute schon liegt bei dieser Gruppe der Anteil der Leistungsschwächeren (rd. 50 %) und der Schulabbrecher (rd. 25 %) doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Schüler. Die Wirtschaft ist künftig auf die Erschließung und Entfaltung dieses Potenzials ebenso angewiesen wie die Gesellschaft auf die gelungene Integration der Migrantenkinder.

Aber nicht nur die demografischen Herausforderungen, sondern auch Strukturveränderungen der Weltwirtschaft, verbunden mit technologischen Herausforderungen aus den bevölkerungsreichsten Ländern China und Indien sowie aus den Schwellenländern der Welt, fordern die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland heraus. Hinzu kommt ein rasch fortschreitender Strukturwandel, in dem Industrie und Dienstleistungen immer enger miteinander verflochten werden. Die Grenzen zwischen Sektoren und Branchen verschwinden, neue Produkte und Innovationen verlangen nach ganzheitlichen Lösungen sowohl aus dem Produktions- als auch Dienstleistungsbereich. Die Summe der Strukturveränderungen bedingt neue, offenere Formen von Beschäftigungsverhältnissen und stellt neue, durchweg steigende Anforderungen an den Prozess des lebensbegleitenden Lernens aller in der Wirtschaft beschäftigten Menschen.

Das Bildungssystem in Deutschland und in Hessen ist für diese Herausforderungen noch nicht gerüstet. Es bietet statt Durchlässigkeit, Flexibilität und individueller Gestaltung von Bildungswegen nur den traditionellen Einstieg in ein relativ starres System unverbunden nebeneinander stehender Lernorte. So werden die Entwicklung von Talenten behindert, Potenziale verschüttet und individuelle Lebenschancen verkürzt oder sogar blockiert. Wie in keinem anderen Industrieland der Welt, das haben die PISA-Studien deutlich gezeigt, ist der Bildungserfolg in Deutschland mit der sozialen Herkunft verknüpft. Es wird zu viel in überholten Kategorien gedacht und gehandelt. In der Konsequenz bedeutet der derzeitige Zustand eine fahrlässige Verschwendung von individuellen und volkswirtschaftlichen Ressourcen.

Der aus diesem Status Quo entstehende Handlungsbedarf erfordert auch eine Reform der staatlichen Normierungen für diesen Bereich. Die Neufassung des § 22 Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII) benennt die Trias von Erziehung, Bildung und Betreuung als Aufgabe von Kindergärten und Kindertagesstätten und betont stärker als früher den Bildungs- und Erziehungsauftrag des Elementarbereichs. Die gelebte Praxis dieser Regulierung besteht jedoch häufig nur in der räumlichen Gewährleistung eines Kindergartenplatzes. Bildung und Erziehung treten dagegen viel zu sehr in den Hintergrund und stehen in der Eigendefinition der jeweiligen Anbieter und Träger der Einrichtungen. Dabei reicht die Spannweite vom ausschließlichen Bewahren, häufig bei staatlichen Trägern/Anbietern, bis hin zur Wertebildung und Werteerziehung, etwa der kirchlichen Trägereinrichtungen. Ein Ordnungsrahmen zu systematisch aufzubauenden Zielkompetenzen und Zielorientierungen frühkindli-

cher Bildungsarbeit fehlt nahezu vollständig und muss jetzt in kurzer Zeit grundlegend aufgebaut und gleichzeitig evaluierend erprobt werden. Diese Vorgehensweise erfordert aus volks- wie betriebswirtschaftlicher Sicht zwangsläufig hohe Beträge an investiven Mitteln, deren Verfügbarkeit in der Politik oft noch in Frage steht oder umstritten ist. Dabei weisen insbesondere die bildungsökonomischen Studien der OECD immer wieder darauf hin, dass nach dem angestauten Reformrückstand in den 80er und 90er Jahre unbedingt eine Trendwendefolgen muss.

Fest steht danach, dass die Bildungsrendite für den Standort Deutschland auf der Grundlage des Status Quo vor allem über Reformen im Elementar- und Primarbereich des Bildungssystems erreicht werden kann. In diesem Bereich bleibt Deutschland bei den Bildungsinvestitionen im OECD-Vergleich weit zurück: Mit 5,3 % liegt der Anteil öffentlicher und privater Bildungsinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt unter dem OECD-Durchschnitt von 5,8 %. Während die Ausgaben für Bildungseinrichtungen im vorschulischen und im Schulbereich, so erneut die jüngste OECD-Studie „Education at Glance 2005“, international seit 1995 um 21 % gewachsen sind, fiel die Steigerungsrate in Deutschland mit nur 8 % deutlich geringer aus. Im Primarbereich liegt der durch private Gebühren finanzierte Anteil an den Kindergärten mit 25,4 % dagegen weit über dem OECD-Mittel von 17,9 %, im Primarbereich finanziert der Staat mit 17 % im Verhältnis zum Pro-Kopf-BIP die Grundschulen deutlich schlechter als weiterführende Schulen. Deren Finanzierung liegt im Gymnasialbereich mit bis zu 37 % zum BIP überdurchschnittlich gut über den OECD-Schnitt von 28 %. Der Tertiär-, also der Hochschulbereich, hat sogar einen Ausgabenanteil von 41 %. Vor diesem Hintergrund unterstreicht eine volkswirtschaftliche Betrachtungsweise - gestützt auf die seit vielen Jahren von der OECD vorgelegten Zahlenwerke der Bildungsökonomie - die seitens der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände mehrfach aufgestellte Forderung, die Bildungsinvestitionen vom Kopf auf die Füße zu stellen.

#### **Dialogbeitrag Bündnis 90/Die Grünen:**

Kinder sind unsere Zukunft, sie sind eigenständige Persönlichkeiten und haben ein Recht auf Bildung, auf individuelle Unterstützung und Förderung, Kinder brauchen nicht nur ihre Eltern, sondern ein ganzes Gemeinwesen, das sich der Verantwortung ihnen gegenüber bewusst ist.

Der Zugang zu guter Bildung von Anfang an ist für jeden einzelnen Menschen und auch für die gesamte Gesellschaft von großer Bedeutung. Daher kommt es auf jede und jeden Einzelnen an. Die soziale Herkunft darf nicht länger über den Bildungserfolg entscheiden und kein Talent darf mehr in unserem Bildungssystem verloren gehen! Daher sind grundlegende Veränderungen in unserem Bildungssystem nötig. Dreh- und Angelpunkt einer zukunftsfähigen und gerechten Bildungspolitik ist das einzelne Kind, das seine Fähigkeiten durch individuelle Förderung optimal zur Entfaltung bringen kann.

In der frühen Kindheit werden die lebenslang wirksamen Grundlagen für alles spätere Lernen gelegt, da die Lern- und Entwicklungspotenziale von Kindern in den ersten Lebensjahren besonders hoch sind. Diese Chance gilt es zu nutzen. Gerade die Kindertagesbetreuung, deren Qualität und Umfang, nimmt in den aktuellen Bildungsdiskussionen einen besonderen Stellenwert ein. Neben dem Elternhaus werden Kindertageseinrichtungen bzw. die öffentlich oder privat organisierte Familienta-

gesbetreuung verstärkt als Orte vorschulischer Bildung wahrgenommen. Zu den Funktionen vorschulischer Bildung gehört es, dass Kinder Basiskompetenzen erwerben, Sach- und Ich-Kompetenzen ausbilden und darüber hinaus lernen, im sozialen Kontext verantwortlich zu handeln. Insbesondere sind vorschulische Bildungsorte aber auch Orte, an denen Kinder das Lernen lernen. Dort bieten sich Bildungsgelegenheiten, die Kinder aktiv wahrnehmen können, unterstützt, begleitet und individuell gefördert durch Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Tageseltern oder andere Bezugspersonen. Dabei hat die frühzeitige sprachliche Förderung aller Kinder, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, eine Schlüsselfunktion für deren Bildungsbiografie.

Bislang ist in Hessen die Zusammenarbeit der verschiedenen Bildungsorte und -akteure wenig institutionalisiert und hängt vom persönlichen Engagement Einzelner ab. Auch ist das Ausmaß an Ressourcen, die für diese Aufgabe bereitgestellt werden, sehr unterschiedlich. Damit Kindern der Übergang von Elternhaus in die unterschiedlichen Einrichtungen wie Familientagesbetreuung, Kindertagesstätten und Grundschulen sowie in die weiterführenden Schulen möglichst ohne Brüche in der Bildungsbiografie gelingt, muss sich dies ändern. Hier hat das Land in Zusammenarbeit mit den Trägern und Kommunen eine wichtige Gestaltungsaufgabe, der es allerdings auch mit dem neuen Bildungs- und Erziehungsplan allein nicht gerecht wird. Mehr systematische und verbindliche Kooperation und Vernetzung zwischen Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und dem Bereich der Jugendhilfe, aber auch mit den Tageseltern und den Eltern muss geschaffen werden. Hierfür sind in ausreichendem Maße Ressourcen bereitzustellen.

Auch müssen die Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungsphasen stärker miteinander verzahnt werden. An allen Übergangsstellen – seien es die zwischen Elternhaus, Krabbelgruppe, Familientagesbetreuung und Kindergarten, seien es die zwischen vorschulischem Bereich und Grundschule oder die zwischen Grundschule und weiterführender Schule – ist durch enge Kooperation der Beteiligten dafür Sorge zu tragen, dass der Übergang bruchlos gelingt. Das Land hat die Verpflichtung, Schule entsprechend zu verändern, u.a. durch die flächendeckende Einführung der gleitenden Eingangsphase in Grundschulen. Dadurch wird dann auch das entmutigende Zurückstellen von Kindern vom Schulbesuch überflüssig. In den flexiblen Eingangsstufen ist je nach Lernfortschritt eine längere oder kürzere Verweildauer möglich und somit könnte jedem Kind die Chance eröffnet werden, seinen Lernvoraussetzungen, seinem Leistungsvermögen und seinem Lerntempo entsprechend individuell gefördert zu werden.

Ebenso wie andere Länder bemüht sich das Land Hessen, den gesellschaftlichen Bildungsauftrag durch einen Bildungs- und Erziehungsplan zu konkretisieren und verbindlicher als bisher festzuhalten. Es gibt aber wichtige Kritikpunkte, die seine Wirksamkeit in Frage stellen. Besonders gravierend ist, dass er keine klaren Bildungsvereinbarungen beschreibt, die mit den Trägern bezüglich der Qualitätsstandards, der Aus- und Fortbildung des Personals und der Ressourcen abgeschlossen werden müssen. Er ignoriert, dass es materielle Rahmenbedingungen gibt, die für den Erfolg oder Misserfolg dieses Planes entscheidend sind und die verbindlich geklärt sein müssen. Auch bleibt offen, auf welcher Basis, in welcher Form und durch wen die Evaluierung dieses Planes erfolgen soll – insbesondere fehlt ein Indikatorensystem für die Evaluierung. Es ist noch unklar, wer bei einer Zielabweichung lenkend eingreift und mit welchen Unterstützungsmaßnahmen. Auch muss – anders als

dies bislang der Fall ist – gewährleistet sein, dass hierfür in ausreichendem Maße Ressourcen bereitstehen. In der vorliegenden Form ist der Bildungs- und Erziehungsplan aus unserer Sicht weder hinreichend verbindlich noch überprüfbar. Diese kritischen Punkte sollten in der Erprobungsphase des Bildungs- und Erziehungsplanes besonders beachtet und bei der Weiterentwicklung des Planes berücksichtigt werden.

## **II. Eltern stärken - familienfreundliche Strukturen schaffen**

**Eltern sind auch weiterhin die wichtigsten Bezugspersonen für ihre Kinder. Kinder erwerben in ihrer Familie und deren familiärem Umfeld Kompetenzen und Einstellungen, die für das ganze weitere Leben grundlegend sind. Wie stark diese Kompetenzen als Fundament ausgebildet werden, bestimmt in erheblichen Maß den späteren Erfolg des Kindes in Schule und Beruf. Eltern müssen deshalb in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und in Bildungsfragen stärker aktiviert und eingebunden werden. Gleichzeitig gilt es Strukturen zu schaffen, in denen qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote in einem Umfang und zeitlichen Rahmen angeboten werden, der den jeweiligen Bedürfnissen der Familien, also Kindern und Eltern/Erziehenden, entspricht. Es ist eine gesellschaftliche Ungerechtigkeit und eine bildungs- und wirtschaftspolitische Verschwendung wertvoller Ressourcen, wenn gut ausgebildeten jungen Menschen, die sich für Kinder entschieden haben oder dies wollen, die Verknüpfung von Familie und Berufstätigkeit nicht erleichtert, sondern häufig sogar erschwert wird.**

### **Dialogbeitrag VhU:**

Kinder erwerben in ihrer Familie Kompetenzen und Einstellungen, die für das ganze weitere Leben wichtig sind. Inwieweit diese Kompetenzen in der Familie ausgebildet werden, bestimmt zu einem erheblichen Teil den späteren Erfolg in Schule und Beruf. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Tagespflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen mit den Eltern ist im Sinne einer Bildungs- und Erziehungspartnerschaft dringend auszubauen. „Kompetenzzentren“ können, in Vernetzung aller Lernorte, Eltern – auch aus sozial benachteiligten Gruppen und mit Migrationshintergrund - dabei helfen, ihre eigenen Kompetenzen zu stärken und weiterzuentwickeln.

Familienfreundlichkeit unserer Gesellschaft ist ein Innovationsthema, mit dem ein neuer Anfang gewagt werden soll, der auch den Neuanfang im Bildungswesen umgreift. Die Erfüllung der Grundlebenswünsche der Menschen auf Kinder und Familie und die Sicherung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft sowie auch die Bewahrung des Gleichgewichts unserer Gesellschaft sind eng miteinander verknüpft. Die Entwicklungschancen der Unternehmen hängen von ihren Fachkräften ab. Historische Standortvorteile aufgrund von Sachkapital treten zunehmend hinter die Bedeutung des betrieblichen wie volkswirtschaftlichen Humankapitals zurück. Bereits heute ist der Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter groß und wird weiter zunehmen. Es ist eine Verschwendung von wertvollen Ressourcen, wenn gut ausgebildeten jungen Menschen, die sich für Kinder entschieden haben, die Verknüpfung von Familie und Berufstätigkeit erschwert wird.

Zahlreiche, von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft unterstützte Aktionsbeispiele wie die „Allianz für die Familie“, der Unternehmenswettbewerb „Erfolgsfaktor Familie“ oder das Audit „Beruf & Familie“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung zeigen auf, dass die Wirtschaft bereits Chancen ergreift, Instrumente zur betriebsbezogenen Verbesserung familiengerechter Maßnahmen zu entwickeln. Dass sich familienbewusste Personalpolitik lohnt, haben viele Studien erwiesen, darunter jüngst auch die Studie der Prognos AG (2004) mit ihren Modellrechnungen zu kostensenkenden Effekten familienfreundlicher Maßnahmen. Betreuungsangebote, Teilzeit- oder Telearbeit sind kostengünstiger als die Neubesetzung einer Stelle.

Allerdings definiert sich in den meisten Unternehmen vor allem die Übernahme von Führungsaufgaben am direkten Engagement. Dabei wird Engagement häufig noch mit hoher betrieblicher Verfügbarkeit gleich gesetzt und nicht am Arbeitsergebnis gemessen. Im Gegensatz hierzu ist bei immer mehr jungen Mitarbeitern die Vorstellung von Freizeit, Partnerschaft und Familie, wie im beruflichen Umfeld, von dem Wunsch nach Teamorientierung geprägt. Die betriebliche Personalarbeit muss hierauf Antworten finden, die auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einbeziehen. Dazu gehört nicht nur eine instrumentelle Reform, sondern auch der wertbezogene Ansatz der Anerkennung und Förderung eines nicht immer unmittelbar arbeitsplatzbezogenen Engagements. Einen Entwicklungsrahmen hierfür zeigt beispielsweise der ganzheitliche Ansatz der Corporate Social Responsibility von Unternehmen mit seinem erweiterten beruflichen Handlungsspektrum von und für Mitarbeiter auf.

Für eine bessere Bildung und Erziehung von Anfang an braucht Hessen nicht nur ein landesweites Aktionsbündnis für Familie, sondern auch Netzwerke vor Ort. Regionale und lokale Bündnisse für Familie stärken die Kooperation der Bildungsorte, stützen Erziehungspartnerschaften und aktivieren Projekte zur Sicherung und Fortentwicklung von Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder. Lokale Bündnisse für Familie sind Zusammenschlüsse von Partnern aus Politik und Verwaltung, Unternehmen, Kammern, Verbänden und Gewerkschaften, freien Trägern, sozialen Einrichtungen, Kirchengemeinden, Initiativen u.v.m. Sie dienen als Kontaktplattform, Diskussionsforum, Ideenschmiede und Lobby für Familien. Lokale Bündnisse für Familie nutzen den Städten und Gemeinden, die für Familien attraktiver werden, und den Unternehmen, die im Bündnis familienfreundliche Personalpolitik entwickeln und konkret z.B. überbetriebliche Angebote für Beschäftigte umsetzen können.

Bildung, Erziehung und Betreuung sind miteinander auf engste verknüpft. Der Erfolg bildungspolitischer Maßnahmen im Bereich der frühen Kindheit, der Erfolg des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder vom ersten bis zehnten Lebensjahr hängen davon ab, welche Rahmenbedingungen für Kindertagesstätten und Grundschulen in Hessen geschaffen werden. Und der Erfolg familienpolitischer Maßnahmen hängt davon ab, inwieweit alle Akteure in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dazu bereit sind, Familienfreundlichkeit als gleichwertigen und mit dem Faktor Bildung eng verflochtenen Standortfaktor zu akzeptieren und voran zu bringen.

## Dialogbeitrag Bündnis 90/Die Grünen:

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien haben sich in den letzten Jahren positiv verändert und eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft steht endlich auf der Tagesordnung. Doch Gesetze, Steuererleichterungen oder Modellversuche alleine reichen nicht aus, um unsere Gesellschaft wirklich kinder- und familienfreundlich zu gestalten. Familien haben nicht nur ein Anrecht auf gesellschaftliche Anerkennung, sondern auch auf Unterstützung in ihrer Verantwortung den Kindern gegenüber.

Familie lebt davon, dass ausreichend gemeinsame Zeit miteinander verbracht wird. Jedes Kind hat das Recht auf Zeit mit den Eltern, ebenso wie Mütter und Väter ein Recht darauf haben, gemeinsam Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Der Wunsch der meisten Eltern nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf kein Widerspruch sein. Neben einer familienfreundlichen Personalpolitik brauchen Familien qualitativ hochwertige Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für ihre Kinder.

Für Hessen ist kritisch festzustellen, dass das Angebot an Betreuungs- und Bildungsplätzen bei weitem nicht ausreicht. Es fehlt an ausreichend vielen, genügend lange Zeiträume abdeckenden und qualitativ hochwertigen Angeboten für Kinder aller Altersstufen. Hier muss ein Bewusstseinswandel eintreten, damit mehr Verantwortung für den Umfang und die Qualität der Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder von der frühen Kindheit bis zum Schuleintritt und der während der gesamten Schulzeit wahrgenommen wird.

Ein Ausbau dieser Angebote beinhaltet sowohl die gesellschaftspolitische Perspektive, Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, als auch den Aspekt, die Bildungschancen von Kindern, gerade aus so genannten bildungsfernen Familien, zu verbessern. Gerade weil in der Kindertagesbetreuung und in Ganztagschulen durch individuelle Förderung sozialen Benachteiligungen in der Bildungsbiografie entgegengewirkt werden kann, verdienen diese Bereiche besondere und verstärkte Aufmerksamkeit. Notwendig ist ein schrittweiser Ausbau hochwertiger Betreuungs- und Bildungsangebote im Rahmen eines Landesprogramms, das verschiedene Bereiche umfasst:

Gebraucht wird der bedarfsgerechte Ausbau von Angeboten für Kinder unter 3 Jahren in Krippen, Krabbelgruppen und in Familientagesbetreuung durch die Bereitstellung von Landesmitteln. Die Betreuungsquote für Kinder bis zu 3 Jahren liegt in Hessen derzeit lediglich bei 6 %. Bedarfsdeckend wären jedoch mindestens 20 %, mit regionalen Unterschieden. Immer mehr Eltern wünschen und brauchen eine verlässliche Betreuung ihrer kleinen Kinder. Es ist daher notwendig, im Zusammenwirken von Landes- und kommunaler Ebene eine Betreuungsgarantie für Unter-Dreijährige einzuführen und dabei mit der Wirtschaft auch deren Möglichkeiten einer, ggf. jeweils betriebsnahen Beteiligung abzuschätzen. Neben dem bedarfsgerechten Ausbau von Angeboten vor Ort muss deren Qualität mit der Ausweitung der Plätze Schritt halten.

Eine weitere gesellschafts- und bildungspolitische Herausforderung liegt im Ausbau flexibler Ganztagsplätze in Kindertageseinrichtungen. Eltern haben auch mit dem derzeitigen Angebot - Garantie eines Halbtagskindergartenplatzes - noch große Probleme, Erziehungsarbeit und Erwerbstätigkeit zusammenzubringen. Die Betreu-

ungszeiten in Kindertageseinrichtungen für Kinder ab 3 Jahren müssen familienfreundlich ausgeweitet werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf für das Land. Auch erschweren in Schulen die Ferienregelungen mehr noch als in vorschulischen Einrichtungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Kooperation mit den Kommunen und Jugendhilfeträgern muss das Land künftig diese Lücke schließen und Betreuungsangebote möglich machen.

Ganztagschulen eröffnen die Chance, die Qualität der Unterrichts- und Bildungsangebote zu verbessern. Schulen mit mehr Zeit für die Gestaltung von Lernprozessen verfügen über zusätzliche Möglichkeiten, um ihre Schülerinnen und Schüler zu besseren Lernleistungen zu bringen. Sie können dazu beitragen, herkunftsbedingte Bildungsbenachteiligungen zu verringern und sie ermöglichen es auch leistungsstärkeren Kinder und Jugendlichen, ihr Potenzial besser auszuschöpfen.

Eltern sind die wichtigsten Bezugspersonen ihrer Kinder. Wenn sie punktuelle Unterstützung und Beratung benötigen, um sich in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und auch Bildungsfragen zu klären, müssen hierfür ausreichende und niedrigschwellige Angebote zur Verfügung stehen. Eltern haben das Bedürfnis, sich mit anderen Eltern auszutauschen und von- und miteinander zu lernen. Sie wollen sich von Expertinnen und Experten Rat und Unterstützung holen und gemeinsam ihre offenen Fragen klären. Es ist nicht nur Aufgabe von Erziehungsberatungsstellen, sondern auch der professionellen Bezugspersonen ihrer Kinder – seien es Tageseltern, Erzieherinnen, Lehrer oder auch Sozialpädagoginnen und Schulpsychologen –, Eltern kompetent zu beraten, sie in ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen und ihnen auch bei Bildungsfragen zur Seite zu stehen. In den Bildungseinrichtungen müssen deshalb künftig ausreichende personelle und zeitliche Ressourcen verfügbar sein, damit eine solch umfassende Elternberatung möglich ist.

Eltern brauchen Orte, wo sie zusammenkommen, sich austauschen und gemeinsam ihre Fragen klären können. Kindertageseinrichtungen bieten sich für diese Funktion geradezu an. In enger Zusammenarbeit mit Familienbildungseinrichtungen, Volkshochschulen, Erziehungsberatungsstellen, Kinderärzten und -psychologen und auch mit Mütter- und Familienzentren im Rahmen der Entwicklung regionaler Bildungslandschaften können Kindertageseinrichtungen zu Kompetenzzentren für Eltern ausgebaut werden. Der Aufbau von Kompetenzzentren muss durch entsprechende investive Maßnahmen unterstützt werden, die Kürzung von Mitteln für Erziehungs- und Familienberatungsstellen soll wieder rückgängig gemacht werden. Im Rahmen eines Sozialbudgets sollten Mittel für die Elternberatung zur Verfügung gestellt werden.

### **III. Qualität sichern - Fachkräfte besser ausbilden - Standort entwickeln**

**Auch im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung muss eine systematische Qualitätsentwicklung gewährleistet sein. Die Selbstvergewisserung über das erreichte Qualitätsniveau, die interne und externe Evaluation, ist Voraussetzung für einen gezielten Qualitätsentwicklungsprozess in den Kindergärten, Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Stärken und Schwächen herauszufinden allein reicht jedoch nicht aus. Bildungseinrichtungen benötigen gezielte Unterstützung, z.B. durch Fachberatung und Weiterbildung, wenn in**

**bestimmten Bereichen Handlungsbedarf besteht. Eine Vergleichbarkeit der Leistungen von Bildungseinrichtungen untereinander und landesweit schafft vor allem für Eltern die notwendige Transparenz bei der Wahl des künftigen Bildungsortes und -angebots für ihre Kinder. Und sie gibt darüber Auskunft, wo auch im Interesse der lokalen und regionalen Wirtschaft Standortbedingungen für ein bildungs- und familienfreundliches Klima geschaffen worden oder noch zu schaffen sind.**

#### **Dialogbeitrag VhU:**

Die Bildungspolitik in Hessen muss gerade im Elementar- und Primarbereich künftig stärker auf die Leistungsqualität der Bildungsorte und auf die Überprüfung dieser Qualität durch geeignete Evaluierungsverfahren setzen. Bildungspolitik kann nach den OECD-Studien zum Schulbereich TIMSS, PISA (2000, 2003) und IGLU sowie der OECD-Studie zum Elementarbereich „Starting strong“ nicht mehr auf konkurrierende und manchmal eindimensionale Leitüberzeugungen wie Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit verengt werden. Diese Überzeugungen und Ideale hatten und haben ihre Grundlagen überdies oft nicht in der engeren Bildungspolitik, sondern in anderen Bereichen wie der Sozial- oder Gesellschaftspolitik. Wissenschaftlich überzeugende Vergleichsinstrumente machen heute Bildungs-Leistungen auf allen Ebenen messbar, vergleichbar und bewertbar. Sie generieren gleichzeitig eine Vielzahl von Daten und Erkenntnissen, die keine politischen Entweder-oder-Entscheidungen zulassen, sondern ein hoch komplexes Bild schaffen.

Die Nutzung dieses Bildes für bildungspolitische Entscheidungen setzt voraus, dass Reformansätze nicht mehr einmalig und auf praktische Maßnahmen bezogen beschlossen werden können, sondern dass Freiräume für einen Reformprozess auf allen Ebenen des Bildungssystems geschaffen werden. Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände hat im September 2004 für den Schulbereich ein Leitbild „Selbstständige Schule 2015“ vorgelegt. Für einen erfolgreichen Reformprozess auch in den Grundschulen sind die Grundlagen des Schulsystems zu verändern. Schulen müssen in allen Verantwortungsbereichen – vom Unterricht bis zum Management – selbstständig und eigenverantwortlich handeln. Die „Selbstständige Schule 2015“ muss ihren staatlichen Bildungsauftrag – bei weitgehender Autonomie – im Rahmen eines professionellen Qualitätsmanagementsystems erfüllen. Ein vergleichbares Modell bietet sich für Einrichtungen des Primarbereichs an. Zahlreiche und bewährte Angebote in nicht-staatlicher Trägerschaft zeigen, dass Selbstständigkeit, Bildungsmonitoring und Partizipation der Elternschaft, im Verbund mit einem Korridor für Kompetenzprofile und Orientierungen, Leistungen steigern und gleichzeitig Kosten im Griff halten.

Qualität sichern heißt, den Standort zu sichern und weiter zu entwickeln. Die Selbstvergewisserung über das erreichte Qualitätsniveau, die interne und externe Evaluation, ist Voraussetzung für einen gezielten Qualitätsentwicklungsprozess in den Kindergärten, Kindertageseinrichtungen und Grundschulen. Unverzichtbarer Bestandteil jedes Qualitätssicherungssystems ist die externe Evaluation. Sie bereichert die interne Evaluation, deren Ergebnisse sie in ihrer Analyse berücksichtigt, durch eine unabhängige, aber fachlich fundierte Außenperspektive mit einem spezifischen Stärken- und Schwächenprofil. Eine Kombination interner und externer Evaluations-

strategien macht die Vergleichbarkeit der Leistungen von Bildungseinrichtungen für Kinder untereinander und landesweit möglich. Sie gibt vor allem Eltern die notwendige Transparenz bei der Wahl des künftigen Bildungsortes für ihre Kinder. Und sie gibt darüber Auskunft, wo auch im Interesse der lokalen und regionalen Wirtschaft Standortbedingungen für ein bildungs- und familienfreundliches Klima geschaffen worden oder noch zu schaffen sind.

In ihrem ersten Länderbericht für Deutschland vom November 2004 hat die OECD zur „Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung“ festgestellt, dass die Qualität der Bildungs- und Erziehungsangebote im Elementar- und Primarbereich eng mit der Ausbildung der Fachkräfte in den Einrichtungen dieser Bereiche verknüpft ist. Die OECD-Experten kritisierten, dass auf der Basis der im Januar 2000 von der Kultusministerkonferenz vorgelegten Rahmenvereinbarung für die Ausbildung und Prüfung von Erziehern im Elementarbereich keine substantielle Verbesserung erreicht worden sei. Diese KMK-Vereinbarung war später Grundlage des im August 2004 von der Landesregierung verabschiedeten Lehrplans für die 31 Fachschulen für Sozialpädagogik in Hessen.

Deutschland bildet - nach übereinstimmender Auffassung in der Wissenschaft - zusammen mit Österreich unter den OECD-Ländern das Schlusslicht in der Erzieherausbildung. Inzwischen herrscht unter allen Experten Einigkeit darüber, dass die derzeitige Ausbildung der Fachkräfte im Elementarbereich unzureichend sei. Hinzu kommt, dass auch die Weiterbildung der aktuell beschäftigten Erzieher neu ausgerichtet werden muss, ebenso die Qualifikation der Lehrkräfte im Grundschulbereich, sollen sie z.B. den Anforderungen des hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes für Kinder vom ersten bis zehnten Lebensjahr genügen. Auch die Kultus- und Jugendminister der Länder haben dies in ihren gemeinsamen Beschlüssen vom Mai bzw. Juni 2004 für einen „Gemeinsamen Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen“ bzw. zu einer Empfehlung „Stärkung und Weiterentwicklung des Gesamtzusammenhangs von Bildung, Erziehung und Betreuung“ unterstrichen. Das „Bildungsland“ Hessen hätte hier große Chancen, bei der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte im Basisbereich der Bildung bundesweit positive Akzente zu setzen und einen Aufbruch für den Bildungsstandort zu wagen.

#### **Dialogbeitrag Bündnis 90/Die Grünen:**

Für ihre anspruchsvolle und gesellschaftlich relevante Aufgabe benötigen Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer vielfältige Kompetenzen. Eine qualifiziertere Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte und des pädagogischen Personals ist dringend nötig, damit neben dem Betreuungs- und Erziehungsauftrag auch der Bildungsauftrag kompetent wahrgenommen werden kann. Bessere Schulen brauchen noch bessere - und dies heißt besser aus- und fortgebildete - Lehrerinnen und Lehrer. In Hessen wurde die Lehrerausbildung zwar gerade reformiert, sie bereitet die angehenden Lehrerinnen und Lehrer jedoch immer noch nicht genügend auf die gewachsenen Anforderungen ihres Berufes vor.

Nach dem PISA-Schock wurde auch eine Reform der Ausbildungsgänge des in Kindertageseinrichtungen tätigen Fachpersonals angemahnt. Anders als in erfolgreichen PISA-Ländern findet in Hessen die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern derzeit an Fachschulen für Sozialpädagogik statt. Eine Anhebung der Ausbildung auf Fachhochschulniveau wird bislang in Hessen im Gegensatz zu anderen

Bundesländern nicht angestrebt; das Regierungsprogramm spricht von einer künftigen Ausbildung an Berufsakademien. Bisher wurden jedoch lediglich die Lehrpläne der Fachschulen geändert. Dies reicht – auch nach Auffassung der Wissenschaft – keineswegs aus, um zu der nötigen Qualitätsverbesserung und Stärkung frühkindlicher Bildung in Kindertageseinrichtungen zu kommen.

Erzieherinnen und Erzieher müssen in die Lage versetzt werden, die Entwicklung der Kinder systematisch zu beobachten, Lern- und Entwicklungsstände zu diagnostizieren sowie Bildungsprozesse zu begleiten und gezielt zu fördern. Ihre Aufgabe ist es ebenso, Eltern pädagogisch qualifiziert zu beraten und in ihrer Erziehungskompetenz zu unterstützen. Auch sind ihre gestaltende Mitwirkung an der Qualitätsentwicklung ihrer Einrichtungen sowie die Kooperation mit Beratungsstellen und anderen Einrichtungen wichtig für die nachhaltige Stärkung der frühkindlichen Bildung. Es ist daher notwendig, die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern stufenweise auf Fachhochschulniveau anzuheben und dabei auch neue und stärker bildungsbezogene Inhalte in die Ausbildung zu integrieren. In den vorschulischen Einrichtungen soll perspektivisch ein Personal-Mix erreicht werden. Personen mit unterschiedlicher Ausbildung sorgen dann für Betreuung, Bildung und Erziehung – so, wie es auch für die Schulen mit Ganztagsangeboten sinnvoll ist.

Um im Bereich der frühen Bildung zügige Qualitätsverbesserungen zu erreichen, spielt die Weiterbildung eine wichtige Rolle. Aus diesem Bereich hat das Land sich jedoch weitgehend zurückgezogen. Nötig ist es, dass gemeinsam mit den Trägern und unter Nutzung der vorhandenen Strukturen und Kompetenzen, auch aus dem Schul- und Hochschulbereich, ein tragfähiges und abgestimmtes Weiterbildungsangebot entwickelt wird, das Erziehungskräfte und Lehrkräfte gemeinsam erreicht. Inhaltlich sollen im Rahmen dieses Fortbildungsprogramms insbesondere Kompetenzbereiche abgedeckt werden, die in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie von Grundschullehrerinnen und -lehrern bislang nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben (so z.B. die Fähigkeit zur differenzierten individuellen Förderung, zum Umgang mit leistungs-, alters- und herkunftsbezogener Heterogenität, integrative und interkulturelle Kompetenz, ausgebaute entwicklungspsychologische und diagnostische Kenntnisse, Fähigkeit zur Sprachförderung, zur motivierenden Leseförderung, zur Bildungsberatung für Eltern etc.). Um Kinder eine Bildungskarriere ohne Brüche zu ermöglichen und mehr Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen geschaffen, benötigen die Fachkräfte im Elementar- und Grundschulbereich eine gemeinsame Wissens- und Gesprächsbasis. Dazu würde eine Institutionen übergreifende, gemeinsame Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Kindergärten, aus Tagesbetreuung und Schule beitragen, die das institutionen- und personenbezogene Weiterbildungsangebot sinnvoll ergänzt.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Qualität frühkindlicher Erziehung spielt auch die Frage der Qualifikation von Tageseltern eine wichtige Rolle. Gerade für Kleinkinder wird diese Betreuungsform oft von Eltern gewählt, die eine flexible Betreuung für ihre Kinder brauchen. Damit ihre Wahl der Betreuungsform eine Wahl zwischen unterschiedlichen, aber gleichermaßen qualitätsvollen Alternativen ist, müssen die Tageseltern bei der Übernahme der Erziehungsverantwortung für „fremde“ Kinder und bei der Kooperation mit den Eltern unterstützt werden. Bemühungen, eine angemessene Qualifikation von Tageseltern sicherzustellen und überprüfbare Qualitätskriterien für deren Arbeit zu entwickeln und anzuwenden, begrüßen wir. Die

Koppelung der Landeszuschüsse für die Altersversorgung der Tageseltern an deren Nachweis einer Qualifizierung ist ein erster wichtiger Schritt. Darüber hinaus ist es sinnvoll, die Anbindung der Familientagesbetreuung an Krippen, Krabbelstuben bzw. Kindertagesstätten durch Bildung von Tandems zu ermöglichen. Tageseltern könnten von den dort stattfindenden Qualitätsprozessen profitieren und in ihrer Arbeit unterstützt werden und die Familientagesbetreuung würde für Eltern verlässlicher, wenn durch eine enge Kooperation mit einer Einrichtung Urlaubs- oder Krankheits-tage der Tageseltern aufgefangen werden.

Beispiele aus anderen Ländern zeigen, dass Bildungseinrichtungen viel bessere Chancen haben, erfolgreich zu arbeiten, wenn sie selbstständiger arbeiten können und in finanzieller, personeller und pädagogischer Hinsicht mehr Gestaltungsspielräume haben. Diese Spielräume müssen in Hessen erst noch geschaffen werden. Regionale Bildungsnetzwerke können dazu beitragen, die Arbeit der Bildungseinrichtungen in der Region gezielt zu verbessern und für alle Kinder und Jugendlichen optimale Entwicklungsperspektiven zu schaffen. Dies gelingt, wenn alle relevanten Akteure, die den individuellen Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen begleiten – Kindertagesstätte, Schule, Elternhaus, kommunale Jugendhilfe, Berufs- und Arbeitswelt sowie andere Bildungsträger – ihre Kräfte bündeln. Ein abgestimmtes Konzept zur regionalen Bildungsentwicklung und ein gemeinsames regionales Bildungsbudget sind wichtige Voraussetzungen hierfür.

#### **IV. Hessens Zukunft liegt in der Zukunft seiner Kinder**

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände und die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen verstehen Bildungspolitik als Kern einer Zukunfts- und Standortpolitik. Denn Bildung ist Voraussetzung für die gesellschaftliche, ökonomische und politische Teilhabe der Menschen und ein zentraler Standortfaktor für die hessische Wirtschaft. Diese Zukunft zu schaffen, heißt, gute Bildung von Anfang an auf- und auszubauen. Die Zukunft des Innovations- und Wirtschaftsstandortes Hessen hängt maßgeblich von der Leistungsfähigkeit und Effizienz seiner Einrichtungen im Basisbereich des Bildungssystems, im Elementar- und Grundschulbereich ab. Hessen steht in der Verantwortung, die Bedingungen für die Arbeit dieser Einrichtungen zu verbessern, Hessen steht in der Verantwortung, Bildungs- und Betreuungsangebote im Sinne familienorientierter Standortpolitik zu schaffen und zu fördern.

Ganz gleich wie Familie heute ausgestaltet ist: Familie ist dort, wo Kinder sind. Kinder in Familien sind eigenständige Persönlichkeiten, die einen Anspruch auf individuelle Förderung und Partizipation haben. Familien sind – unabhängig von den unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens – Verantwortungsgemeinschaften. Die Eltern sollen die aktiv Handelnden in der Kindererziehung sein. Der Staat und die Gesellschaft sollen sie durch eine Vielzahl von Angeboten und Leistungen unterstützen, aber nicht ersetzen. Erwerbsarbeit und Familie darf in diesem Zusammenhang kein Widerspruch sein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer wie Frauen ist eine gesellschaftliche Aufgabe, bei der insbesondere die Politik und die Unternehmen gemeinsam in der Pflicht sind.

Mit dem hessischen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder vom ersten bis zehnten Lebensjahr liegt ein gemeinsames Grundkonzept für alle Akteure und Bildungsorte der frühkindlichen Bildung vor. Dessen Praktikabilität und dessen langfristiger Erfolg

hängen nach der Überzeugung von Bündnis 90/Die Grünen und VhU entscheidend davon ab, dass über die vorgesehenen Konsequenzen aus den Praxiserfahrungen in den Tandemmodellen hinaus folgende **zehn Schwerpunkte in Richtung eines bildungsstarken und familienfreundlichen Hessen gesetzt werden:**

### ***Individuelle Kompetenzen bilden - Humankapital sichern***

1. Ausgehend von der herausragenden Bedeutung frühkindlicher Bildung und Betreuung muss der eigenständige Bildungsauftrag der Einrichtungen des Elementarbereichs stärker verankert werden.
2. Um die Ziele des Bildungs- und Erziehungsplans umsetzen zu können, ist die Zusammenarbeit aller Einrichtungen im Elementar- und Primarbereich organisatorisch zu festigen. Dafür sind administrative und ggf. gesetzliche Initiativen erforderlich, um die engere Verzahnung der Arbeit von Tagespflegen, Tageseinrichtungen und Grundschulen zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Einführung der flexiblen Eingangsphase an allen Grundschulen.
3. Nicht nur für die Grundschulen ist ein zügiger Ausbau schulischer Ganztagsangebote im Rahmen eines Landesprogramms erforderlich, das den Schulen und Schulträgern Planungssicherheit zur Entwicklung von offenen ganztägigen Angeboten gibt. Im Interesse einer spezifischen Förderung werden mehr sozial- und sonderpädagogische Fachkräfte und Unterrichtsassistentinnen und -assistenten für alle Schulen benötigt. Dabei ist auch eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe zu erreichen.

### ***Eltern stärken - familienfreundliche Strukturen schaffen***

4. Auch im Sinne der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Ausbau von Betreuungsangeboten in Familientagesbetreuung, Kindertagesstätten und Ganztagschulen dringend geboten. Dieser Ausbau umfasst die Einführung und Gewährleistung eines Betreuungsangebots für alle Kinder im Alter von bis zu drei Jahren, eine familienfreundliche Ausweitung der Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sowie die stufenweise Freistellung von Elternbeiträgen.
5. Dazu gehört auch ein stärkeres und qualitätsorientiertes Engagement von Land und Kommunen bei der Betriebskostenförderung für Kinderbetreuungsangebote sowie die Verbesserung der Mindeststandards nach den Erfordernissen des Bildungs- und Erziehungsplans. In diesem Zusammenhang sind die Rücknahme der Kürzungen im Bereich der Erziehungsberatung und Familienbildung und die finanzielle Absicherung im Rahmen eines Sozialbudgets nochmals im offenen Dialog der Landesregierung mit allen Beteiligten zu überprüfen.

6. Die Entwicklung und Stärkung regionaler und lokaler Bündnisse für Familien, an denen sich auch die Wirtschaft beteiligt, sind voranzutreiben. Dazu gehört auch die Entwicklung von regionalen und lokalen Kompetenzzentren für Eltern und Familien.

***Qualität sichern - Fachkräfte besser ausbilden - Standort entwickeln***

7. Zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans ist eine bessere Vernetzung der Bildungsorte und Akteure durch verbindliche und durch Systeme der Nachprüfbarkeit gestützte Vereinbarungen des Kultus- und Sozialministeriums mit Landkreisen, Städten und Gemeinden, Jugendhilfeträgern und freien Trägern geboten.
8. Voraussetzung für Qualitätsentwicklungsprozesse und für den Aufbau eines verzahnten Qualitätssicherungssystems (interne und externe Evaluation) ist mehr organisatorische Selbstständigkeit aller Einrichtungen des Elementar- und Primarbereichs. Empfohlen wird die Einführung eines Gütesiegels im Rahmen des Bildungs- und Erziehungsplans. Darauf können später – auch angesichts begrenzter staatlicher Ressourcen – Modelle einer leistungs-, weil qualitätsbezogenen Mittelzuwendung aufbauen.
9. Keine Verbesserung der Qualität der Einrichtungen ohne bessere Qualifikation der Fachkräfte im Elementar- und Primarbereich: Die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern muss künftig verstärkt auch auf Fachhochschulniveau (Bachelor-Studiengänge) erfolgen. Dringend erforderlich sind als Regelmaßnahme gemeinsame Fort- und Weiterbildungen des pädagogischen Personals an allen Einrichtungen des Elementar- und Grundschulbereichs.
10. Die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans muss regional erfolgen. Dafür ist der Aufbau regionaler Bildungsnetzwerke erforderlich, die über ein abgestimmtes Konzept zur regionalen Bildungsentwicklung und ein gemeinsames regionales Bildungsbudget verfügen. Dabei ist aus Landessicht auch ein Ausgleichsschlüssel in der Finanzierung in Erwägung zu ziehen, um finanzschwache Regionen nicht zu benachteiligen.

**Die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im Hessischen Landtag und die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände sind der gemeinsamen Überzeugung, dass auf die frühkindliche Bildung und Erziehung besonderes Gewicht gelegt werden muss. Kinder sind unsere Zukunft. In die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern zu investieren, muss zur Selbstverständlichkeit werden. Eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft kann nur im Zusammenspiel aller politischen Kräfte und gesellschaftlichen Institutionen entstehen und bestehen. Eine kompetente und selbstbewusste nächste Generation ist Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.**